STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

Eine strategische Investition gerät ins Wanken

Widerstand gegen geplantes Kunststoff-Werk wird zum Alptraum für BAYER

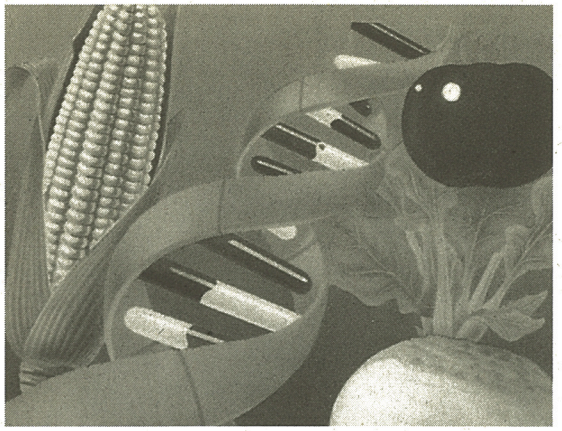
WEITERE THEMEN

Gewinnsteigerung durch Kinderarbeit
Indonesiche Initiative erhebt Vorwürfe gegen BAYER

Nervengift gegen Motten und Menschen
BAYER-Pyrethroide töten Insekten und machen Menschen krank

Keine Entschädigung für „Hölle auf Erden"
BAYER interveniert in Bonn

Nr. 3/97
15. Jahrgang



Schöne, heile Gentech-Pestizid-Welt à la BAYER & Co

Gurke des Quartals: Wie Pestizide die Menschheit retten sollen

(ho) BAYER und die gesamte Pestizid-Industrie - vereint in der Lobby-Organisation „Industrieverband Agrar e. V. (IVA)" - schwingen sich zu Rettern der Menschheit auf. Ausgerechnet Ackergifte, die jährlich Millionen Menschen vergiften und töten, sollen „Nahrung für alle" bringen. Von ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen, die die Konzerne BAYER & Co selbst mit hervorgebracht haben, wollen die IVA-Strategen nichts wissen. Stattdessen heißt es in einer plumpen Propagandaschrift mit dem harmlosen Titel „Umwelt, Ernährung, Gesundheit": „Düngung und Pflanzenschutz sind praktizierter Umweltschutz" und Gentechnik biete „Chancen für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher". Und BAYER-Mann Dr. Jochen Wulff, amtierender Präsident des „Internationalen Pflanzenschutzverbandes (GIFAP)", verspricht „eine weltweite Initiative der Industrie", die dazu beitrage, daß durch Pestizide „Mensch und Umwelt keinen Schaden nehmen". Prost, Mahlzeit.

Inhalt

TAIWAN
Eine kritische Investition gerät ins Wanken
Seite 4

POLITIK
BAYER trifft Grüne
Seite 8

KAPITAL UND ARBEIT
Gewinnsteigerung durch Kinderarbeit
Seite 9

SEXUELLE BELÄSTIGUNG
Eine Sache der Ehre
Seite 11

GIFTE IM FLUGZEUG
Nervengift gegen Motten und Menschen
Seite 12

UNFÄLLE
Gift-Regen in Dormagen
Seite 15

IG FARBEN
Keine Entschädigung für „Hölle auf Erden"
Seite 16

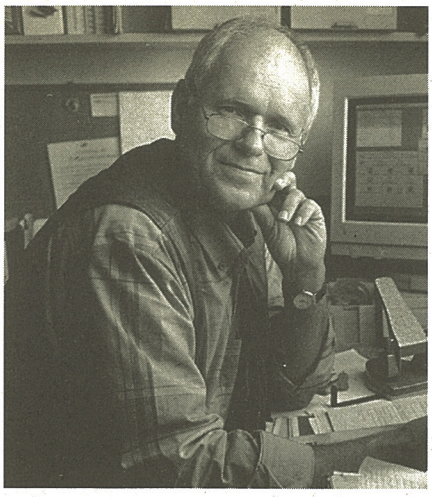
TARIFBESCHISS
Kniefall vor dem Kapital
Seite 19

Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 15. Jahrgang
Postvertriebsstück F 10848
Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.
Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschliefft und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.
Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho). Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf), Burkhard Luner (bl), Volker Rekittke (vr)
e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.Geschäftsstelle: Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940
Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100, Postgiroamt Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ 360 100 43
Eigenverlag, Vertrieb: CBG
Layout: Rike Casper
Druck: Tiamat, Düsseldorf
Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1997 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,- 1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.)
STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr.
Abopreise:
* Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 60,— (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.)
* Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 120,- (für Projekte ohne Geld Ermäßigung möglich)
* Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe für den Vorstand/die Mitglieder) DM 140,-
* Ausland: Preise wie Inland
* Soli-Abo: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Knäste und Bedürftige.)
* Freiverkaufsabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 3,-je Heft je Ausgabe inkl. Porto
* Austausch-Abo mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht
* Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes im Mitgliedsbeitrag enthalten.
* Einzelmitgliedschaft mind. 120,-/Jahr
* Fördermitgliedschaft mind. 180,-
* Gruppenmitgliedschaft bis 100 Mitgl. = 200,-, über 100 Mitgl. = 300,-, über 500 Mitgl. = 500,- DM
* KEYCODE BAYER: Personen/NGO's = 24 $/Jahr, Institutionen = 100 $/Jahr, Soli-Abos = 150 $/Jahr

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Liebe Leserinnen und Leser



Peter Vollmer
Leiter der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt in Berlin

Wie sollte sich die Lage der ArbeitnehmerInnen ändern, solange BAYER und das gesamte Kapital nach Belieben und unkontrolliert durch die Welt vagabundieren und sich dadurch zunehmend einer Besteuerung entziehen kann? Auch die „beste" Regierung muß die Soziallasten im Rahmen nationaler Grenzen aus dem Steueraufkommen einer schrumpfenden Zahl von „ArbeitsplatzbesitzerInnen" finanzieren.

Wie denn, solange nicht ein Europa des Gemeinsamen Marktes und des Kapitals von einer Europäischen Sozialunion begleitet in seine Schranken gewiesen und in die Zange genommen wird?

Und die Gewerkschaften? Auf einen Nenner gebracht haben sie diesen Prozeß - unterschiedlich kritisch - begleitet. Aber selbst da, wo sich eine Chance der Gegenwehr auftat wie bei den spontanen Streiks, gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei DAIMLER, hat die Führung der IG METALL ganz schnell und als erstes den Arbeitsfrieden wiederhergestellt. Es hat ihr fern gelegen, die vorhandene Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zu nutzen, den Unternehmern größere Zugeständnisse abzutrotzen. 100 % Lohnfortzahlung wurde zwar erhalten, aber durch Verzicht auf einen Teil des Weihnachtsgelds. Damit werden die Kosten sogar überkompensiert. Und die Tarifabschlüsse im Einzelhandel folgen demselben Muster.

Dabei weisen die Exportüberschüsse der deutschen Industrie darauf hin, daß die Arbeitskosten in Deutschland eher zu niedrig sind. Deren Erhöhung würde die Kaufkraft im Land vergrößern und damit den Binnenmarkt stärken.

Geradezu kontraproduktiv ist der Lohnverzicht im neuen Tarifvertrag für die Chemieindustrie. Den Einstiegslöhnen in Höhe von 90 % folgt nun auch noch die Kürzung von Löhnen und Gehältern bis zu 10 %, wenn Firmen dafür eine Zeitlang auf betriebsbedingte Entlassungen verzichten. Mit derartigen Öffnungsklauseln wird den Betriebsräten das Leben schwergemacht, der Druck auf sie ins Unermeßliche gesteigert - ganz zu schweigen von der damit verbundenen Aushebelung des Systems der Flächentarifverträge insgesamt.

Wen wundert da, daß Arbeitgeberpräsident Hundt „jubelt", der Industrie- und Handelstags Stihl von „einem mutigen Schritt nach vorne" spricht und Arbeitsminister Blüm in diesem Abschluß eine „kopernikanische Wende" sieht. Ist das der Kreis der Herren, denen sich der IG CHEMIE-Vorsitzende Hubertus Schmoldt besonders verpflichtet und verbunden fühlt?

Und wie geschickt der Schachzug des Aufsichtsrats der BAYER AG, neben dem Vorsitzenden der IG CHEMIE sich auch den DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte ins Boot zu holen. Dieter Schulte, der unermüdliche Verfechter von Verzicht auf Seiten der ArbeitnehmerInnen, in der trügerischen Hoffnung, daß damit zwangsläufig die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen einherginge. Dagegen werden bekanntermaßen die Konzernvorstände am „shareholders value" gemessen, und der nimmt in dem Umfang zu wie die Arbeitsplätze beseitigt werden.

Die BAYER AG hat mit der IG CHEMIE, bzw. dem Gesamtbetriebsrat einen sogenannten Beschäftigungspakt abgeschlossen. Die Treueprämie ist weg, der Bonus gekürzt, die Arbeitszeit nach BAYER-Gusto flexibilisiert, keine verbilligten Aktien mehr für die Belegschaft - das spart zusammen 300 Millionen Mark. Und im Gegenzug dazu wird in den nächsten 3 Jahren die Belegschaft um 10 % reduziert - sozialverträglich, versteht sich. „Beschäftigungspakt"? Welch ein Hohn!

Die Engländer haben diese neoliberale Politik gründlich satt und durch die Wahl von New Labour der konservativen Sparpolitik einen Denkzettel verpaßt. Kann man/frau es in dieser Situation denn in Deutschland bei dem schweigsam-stieren Blick auf die Abwärtsspirale bewenden lassen?

Peter Vollmer

16.5.97: Internationale Pressekonferenz der ANTI-BAYER ACTION UNION (ABAU) in Taichung

Widerstand gegen geplantes Kunststoff-Werk wird zum Alptraum für BAYER

Eine strategische Investition gerät ins Wanken

In der Nacht zum 1. Juli 1997 platzt bei BAYER in Dormagen ein Rohr (siehe Bericht in diesem Heft). Über 12 Tonnen hochgiftiges TDA gelangen in die Umwelt. Das rheinische Werk gilt als mustergültige „Referenzanlage" für ein gigantisches neues Werk in Taiwan. Doch hier formiert sich Widerstand. Diplom-Ingenieur Uwe Friedrich vom Vorstand der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) war vor Ort und hat mit landesweit beachteten Auftritten bei Vorträgen und Fernsehauftritten mit dazu beigetragen, daß die „strategische Investition" nun ins Wanken gerät. Ein Reisebericht

von Uwe Friedrich

In Dormagen handelt es sich in etwa um die gleiche Anlage, wie sie in Taiwan errichtet werden soll. Es geht um ein Zwischenprodukt zur Herstellung von Polyurethan-Schäumen auf Basis von TDA und dem extrem risikoreichen Phosgen - als chemischer Kampfstoff im Ersten Weltkrieg eingesetzt - mit dem Namen TDI

Durch Projektmanagement und Verhandlungsführung nach deutscher Gutsherrenart gerät so eine für den Konzern dringliche strategische Investition im asiatischen Raum ins Wanken.

(Toluylendiisocyanat). Der Dormagener Unfall erhält unmittelbare Bedeutung für eine aktuelle Großinvestition des BAYER-Konzerns in Taiwan, insbesondere deshalb, weil die angeblich mustergültige Anlage erst Ende 1996 eingeweiht wurde, also den „neuesten Stand der Technik" darstellt. In Taiwan hat BAYER bisher immer mit dem „unfallfreien Betrieb dieser Technologie in deutschen Werken" argumentiert.

Der Dormagener Unfall im Bereich der „Schaumstoffproduktion" mit Austritt von über zwölf Tonnen der krebserregenden Chemiekalie Toluylendiamin (TDA) ist Munition in den Händen der taiwanesischen KritikerInnen, die in ihren Broschüren ebenfalls auf die Katastrophe von Bhopal verweisen. Sowohl in Deutschland als auch in Fernost bemängeln Sie insbesondere die unzureichende Informationspolitik des BAYER-Konzerns.

Chlorfreie Alternative bei BAYER unbekannt

Als Gast der in Taiwan vor Ort aktiven Bürgerinitiative ANTI-BAYER ACTION UNION (ABAU) hatte ich Gelegenheit, Gespräche vor Ort zu führen, Politikern und Medien die Erfahrungen mit der Betriebssicherheit, Störanfälligkeit und Genehmigungspraxis deutscher TDI-Anlagen vor Augen zu führen und BAYER vor Ort mit neuen technologischen Erkenntnissen zu konfrontieren. So war den Vertretern des Weltkonzerns offensichtlich nicht bekannt, daß bereits mehrere chlorfreie und damit deutlich risikoärmere Verfahren zur TDI-Produktion entwickelt, erprobt sind und sich seit mehr als einem Jahr auch im großtechnischen Einsatz befinden. Die Entwickler dieser Verfahren sind die deutsche Firma ARCO sowie die japanischen Konzerne MITSUI TOATSU und MITSUBISHI.

Zum Zeitpunkt meines Besuchs hatte die örtliche BAYER-Tochter die ersten Hürden der Umweltverträglichkeitsprüfung genommen: Eine zweibändige Fleißarbeit wurde als Planwerk ohne Nachbesserungen angenommen und ein sogenanntes Scope Meeting legte den weiteren Verfahrensablauf bis zum Spätsommer diesen Jahres fest. BAYER war zuversichtlich, daß der zuständige Umweltausschuß der Provinzversammlung bis dahin positiv entscheiden würde. Noch am 1. Mai diesen Jahres wurde dies in den China News verlautbart. Doch die Ereignisse des 16. Mai und der Folgetage machten den BAYER-Verantwortlichen einen Strich durch die Rechnung: Für diesen Tag hatte die ANTI-BAYER ACTION UNION in Zusammenarbeit mit der Democratic Progressive Party und der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zu einer Internationalen Pressekonferenz geladen, an der vier nationale Fernsehstationen und Vertreter von zehn regionalen und überregionalen Printmedien teilnahmen. BAYER reagierte umgehend und rief ein eigenes Presse-Meeting am gleichen Tag ein - exakt eine Stunde später als die Konkurrenzveranstaltung. Doch die geplante Gegenreaktion auf Äußerungen der Projektkritiker, auf die neuen Erkenntnisse und Argumente mißlang. Chlorfreie Verfahrenstechnologien zur TDI-Herstellung waren BAYER nicht bekannt; oder wenn doch, dann „nur im Labormaßstab". Die von den KritikerInnen nachgewiesenen Versäumnisse

Die Geschichte dieses Projektes ist auch die Geschichte des Widerstands der Betroffenen; derjenigen vor Ort und ihrer solidarischen UnterstützerInnen am Konzernsitz in Deutschland. Sie zeigt, daß auch in der heutigen Epoche des brutalen Neoliberalismus, Erfolge gegen global angelegte Konzernentscheidungen möglich sind.

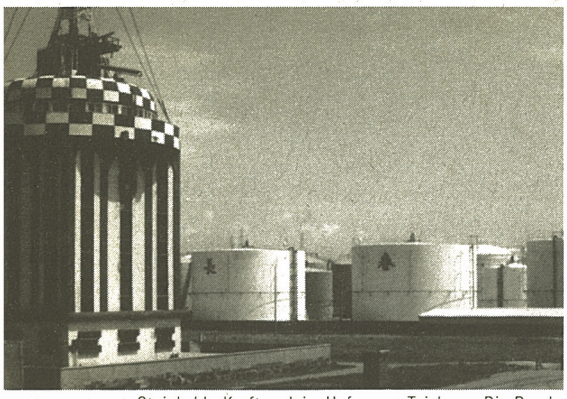
und Schwachstellen im Abwassertechnischen Konzept der Anlage wurden nicht zur Kenntnis genommen; einzelne Meinungsäußerungen in alter Manier als kommunistische Propaganda abgetan. Kein Wunder, daß der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit von BAYER FAR EAST POLYURETHANE, ein gewisser Herr Chen, während eines live gesendeten Streitgesprächs in der Late Night Show des größten Kabel-TV-Kanals in Taiwan am selben Abend ins Stottern geriet, als er wiederum zu diesen unangenehmen Fragen Stellung nehmen mußte.

Die Gespräche mit den Bürgermeistern der vier größten Gemeinden (mit jeweils ca. 50.000 Einwohnern) in Taichung County, mit PolitikerInnen, Interessenverbänden sowie die Teilnahme auf AnwohnerInnen- und StudentInnen-Meetings an den folgenden Tagen waren vom positiven Verlauf der Pressearbeit am 16. Mai vorgezeichnet. BAYER war gegenüber den neuen Argumenten erneut in die Defensive geraten. Die in den Monaten davor möglicherweise „erarbeitete" Akzeptanz war endgültig dahin. Da die ANTI-BAYER ACTION UNION befugt ist, eigene Stellungnahmen in den Prozeß der Umweltverträglichkeitsprüfung einzubringen - also (wie hierzulande kaum denkbar) als „Träger öffentlicher Belange" behandelt wird - wurden die neuen Erkentnisse und Argumente umgehend in die Genehmigungsmaschinerie eingebracht. Der Versuch von BAYER, auf öffentlichen Versammlungen einen Stimmungsumschwung zu erwirken, ging gründlich daneben. Diese Versammlungen - geschützt durch ein riesiges Polizeiaufgebot - waren eher Forum des Protestes der Betroffenen.

Bittere Pillen der süßen Bilanzen

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN begleitet seit 1978 aktiv und kritisch die Geschäftspolitik von BAYER und tritt alljährlich im Bündnis mit weiteren Kritischen Aktionären auf der Hauptversammlung des Konzerns in Köln auf, um „die bitteren Pillen der süßen Bilanzen" zu präsentieren und Betroffenen die Möglichkeit der Wortmeldung gegenüber dem Konzernvorstand einzuräumen. Wie berichtet, trug auf der diesjährigen BAYER-Hauptversammlung am 30. April Frau Uie-Liang Liou als Vertreterin der ABAU die Fragen und Forderungen des taiwanesischen Aktionsbündnisses vor. Die Antwort des sichtlich frustrierten BAYER-Vorstandsvorsitzenden Schneider: „Alles unwahr!"... Im übrigen seien die Demonstrationen (SWB berichtete mehrfach) und parlamentarischen Initiativen in Taiwan „von der COORDINATION gesteuert".

Herr Schneider hat Grund für seine Unbeherrschtheit: Am 19. Juni berichtete das Magazin Wirtschaftswoche unter dem Titel „Taiwan-Projekt auf Eis" darüber, daß sich das Milliardenprojekt des Baus einer TDI-Anlage langsam aber sicher zum „Alptraum" des BAYER-Chefs



Steinkohle-Kraftwerk im Hafen von Taichung. Die Dreckschleuder soll bei BAYER-Ansiedlung erweitert werden.

entwickelt: Spätestens im vierten Quartal 1996 wollte der Konzern mit dem Bau dieser weltweit größten Anlage (Kapazität ca. 100.000 Jahrestonnen) in der taiwanesischen Hafenstadt Taichung beginnen, um von hier aus die gesamte ostasiatische Region mit Kunststoff-Vorprodukten zu beliefern. Doch das Vorhaben, das schon in der ersten Ausbaustufe Investitionen in Höhe von 450 Millionen Mark erforderte, liegt auf Eis. Erst ein Drittel des Werksgeländes im Hafen von Taichung/Wu-Shi ist aufgeschüttet und planiert. Der Planungs- und Genehmigungsprozeß verzögert sich durch den lokalen Widerstand von AnwohnerInnen, Gewerbetreibenden und PolitikerInnen. Das zuständige Industrial Development and Investment Center (IDIC), eine Agentur des nationalen Wirtschaftsministeriums in Taiwan, rechnet

Die Zusammenarbeit zwischen BAYER in Taiwan und den Genehmigungsbehörden auf Seiten der Zentralregierung verlief offenbar wie geschmiert, denn schon nach wenigen Tagen wurde das brisante Projekt durchgewunken.

selbst für dieses Jahr nicht mehr mit einem Baubeginn für das BAYER-Projekt. Die LokalpolitikerInnen in Taichung County, dem unmittelbar an das Hafengebiet angerenzenden Distrikt, wollen vor den Kommunalwahlen im Dezember keine Genehmigung erteilen. Und dies obwohl Taiwans Zentralregierung schon im Herbst 1996 grünes Licht für das Projekt gegeben hatte. BAYER hatte offensichtlich zu sehr auf die nicht-öffentlichen Verhandlungen mit Zentralregierung und der alten Staatspartei Guomindang (KMT) gesetzt und den lokalen Widerstand, unterstützt durch die einflußreiche größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), völlig unterschätzt. Durch Projektmanagement und Verhandlungsführung nach deutscher Gutsherrenart gerät so eine für den Konzern dringliche strategische Investition im asiatischen Raum ins Wanken.

Die Geschichte dieses Projektes ist aber auch die Geschichte des Widerstands der Betroffenen; derjenigen vor Ort und ihrer solidarischen UnterstützerInnen am Konzernsitz in Deutschland. Sie zeigt, daß auch in der heutigen Epoche des brutalen Neoliberalismus, Erfolge gegen global angelegte Konzernentscheidungen möglich sind.

Zusamenarbeit „wie geschmiert"

Die TDI-Produktion ist ein Hauptstrang der berüchtigten und fachlich umstrittenen Chlorchemie. Als Zwischenprodukt in der Kunststoff- und Pharmaproduktion verwendet, werden bei seiner Herstellung gefährliche Vorprodukte wie Phosgen und gesundheitsschädigende wie TDA eingesetzt. Das Risikopotential dieser Produktlinie wird spätestens nach der Chemie-Katastrophe von Bhopal - die durch TDI verwandte Isocyanate hervorgerufen wurde - als besonders hoch eingeschätzt. BAYER stellt Isocyanate außer an deutschen Standorten auch in den USA und in Brasilien her. Dort ereignete sich im Werk Belford Roxo bei Rio de Janeiro 1992 ein schwerer Unfall mit Todesfolge. 1986 hatte bereits ein Werksfeuerwehrmann als Gast der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auf der BAYER-Aktionärsversammlung auf fehlende Katastrophenpläne in der brasilianischen Niederlassung hingewiesen. Doch hatte dies offensichtlich keinerlei Auswirkung auf Bau und Genehmigung der neuen BAYER-Anlage in Taiwan. Die Zusammenarbeit zwischen der dortigen BAYER-Tochter BAYER FAR EAST POLYURETHANE und den Genehmigungsbehörden auf Seiten der Zentralregierung verlief wie geschmiert, denn schon nach wenigen Tagen wurde das brisante Projekt durchgewunken. Alles schien ganz einfach; die Investitionssumme von über einer Milliarde Mark ließ offensichtlich alle Bedenken verblassen. BAYER kümmerte sich anfänglich kaum um öffentliche Information oder Kommunikation und begann mit solchen Bemühungen erst, als es nach Projektbeginn Proteste hagelte.

Nach einer Störfallserie in der taiwanesischen Chemie-Industrie im Laufe des Jahres 1996 sank das Vertrauen der Öffentlichkeit in das Vermögen der Zentralregierung und in das neue BAYER-Projekt auf den Nullpunkt, zumal die Chemieindustrie im dichtbesiedelten Taiwan besonders auf dem Prüfstand steht. Gleichzeitig wurde bekannt, daß BAYER ein ungewöhnlich langer Pachtvertrag von

Hintergrund der gegen das BAYER-Projekt gerichteten Entscheidung der Provinzversammlung war eine während der Sitzung in Taichung stattfindende Demonstration von 6.000 Betroffenen, die ihren Protest lautstark deutlich machten und kurz davor waren, die Sitzung zu stürmen.

125 Jahren, extrem niedrige Bodenpreise und sieben Jahre Gewerbesteuerfreiheit zuerkannt worden waren, was manche allzusehr an die erniedrigenden ausländischen Konzessionen im neunzehnten Jahrhundert erinnerte. Im Oktober 1996

stimmte dann fast die Hälfte aller Abgeordneten der zuständigen Provinzversammlung dafür, das BAYER-Projekt von drei Voraussetzungen abhängig zu machen:

1. vollständige Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Prozedur zur Einschätzung der Umweltverträglichkeit
2. ein fairer und angemessener Pachtvertrag und
3. die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung.

Im Januar 1997 wurde eine dreistufige - auf sechs Monate angelegte - Umweltverträglichkeitsprüfung für das Projekt beschlossen. BAYER hatte zwei Monate Zeit, dezidierte Planungsunterlagen einzureichen. Diese Entwicklung war nur dadurch möglich geworden, daß sich im Sommer letzten Jahres die Bürgerinitiative ANTI-BAYER ACTION UNION (ABAU) gegründet hatte, die regen Zulauf von AnwohnerInnen, StudentInnen und AnhängerInnen der Oppositionspartei DPP

erhält. Die ABAU setzt auf intensive Kontakte mit den örtlichen Entscheidern: Bürgermeister, Kommunalparlamente, lokale politische Parteien, Gewerbevereine und weitere Interessengruppen. Hintergrund der Entscheidung der Provinzversammlung war eine während der Sitzung in Taichung stattfindende Demonstration von 6.000 AnwohnerInnen, die ihren Protest lautstark deutlich machten und kurz davor waren, die Sitzung zu stürmen.

BAYER in der Defensive

Derweil intensivierte auch die örtliche BAYER-Tochter ihre Bemühungen um Durchsetzung des Projektes: Wie ich in Gesprächen vor Ort erfuhr, wurde unmißverständlich Druck auf Politiker ausgeübet, auch von finanziellen Zuwendungen ist die Rede. JournalistInnen wurden nach Deutschland eingeladen, sogenannte Opinion leader des örtlichen Widerstands zu Hause unaufgefordert besucht. In der Öffentlichkeit wurde die Protestbewegung als „kommunistisch unterwandert" diffamiert, ein Vorwurf, der auch heute noch vor dem Hintergrund der chinesischen Geschichte und des aktuellen Konflikts mit der Volksrepublik Wirkung zeigt.

Nicht unwichtig für den Lauf der Dinge sind die im Dezember stattfindenden Kommunalwahlen. Neben den lokalen Parlamenten wird ein Landrat direkt gewählt. Der dem BAYER-Projekt kritisch gegenüberstehende Kandidat der Democratic Progressive Party, Herr Liao, hat gute Chancen, gewählt zu werden. Dies könnte eine Vorentscheidung gegen das Projekt sein. Obwohl der Landrat nicht direkt in den Entscheidungsprozeß eingreift, wäre die Wahl eines Kritikers jedoch Ausdruck der Ablehnung breiter Kreise in der Region. Selbst die Provinzversammlung wird sich einer solchen Willensentscheidung nicht entgegenstellen. Die Aufschiebung eines bindenden Votums auf das Jahr 1998 bringt dies zum Ausdruck.

Aus all dem ergibt sich offenbar die Erkenntnis: Wenn ein global agierender Konzern am Ort der Investition lediglich eine lokale Größe darstellt, sind die Chancen, örtliche Interessen auch durchzusetzen, sehr aussichtsreich. Andererseits: Wie schwer ist dann die aufreibende und langjährige konzernkritische Arbeit im Stammland und am Hauptsitz eines Multis. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat sich jedenfalls bislang nicht kleinkriegen lassen.

Jetzt anmelden!

Jahrestagung 1997
Coordination gegen BAYER-Gefahren

Bittere Pillen für süsse Bilanzen

Die Schlacht der Pharma-Multis um die Märkte der Welt
8./9. November 1997 in Düsseldorf

Megakonzerne

Die Konzerne formieren sich neu. Gigantische Zusammenschlüsse wie von Ciba und La Roche zu NOVARTIS bestimmen das Marktgeschehen an der Schwelle zum neuen Jahrtausend.

Gene-Pharming

Die Gentechnik schafft neue Technologien und neue Produkte. Tiere als Pharma-Produzenten, geklonte Wesen als Antwort auf die Herausforderungen des neuen Jahrtausends.

Die Wiederkehr der Seuchen

Die Menschheit wird nicht gesünder. "Unrentable" Krankheiten bleiben unberücksichtigt, Umweltzerstörung und medikamentenbedingte Resistenzen schaffen die neuen Massenmärkte für die "Produkte" des nächsten Jahrtausends.

Immer neue Rekordgewinne - wer zahlt?

Die Aktienkurse steigen, die Gewinne explodieren, die Solidarleistungen werden abgebaut, die Gesundheitssysteme werden auf die Bedürfnisse der Konzerne ausgerichtet. Wir alle sollen zahlen.

Was tun???

Zusehen und die Hände in den Schoß legen? Zahlen, zahlen, zahlen? - Nein! Widerstand und Kritik sind angesagt. Überlassen wir den Konzernen und ihren Politiker-Marionetten nicht kampflos das Feld.

Power von unten

Information, Videos, Erfahrungsaustausch, Beispiele - unsere jahrzehntelange Arbeit gegen einen der mächtigsten Konzerne der Welt liefert mit Sicherheit genügend Stoff für ein spannendes, lehrreiches und ermutigendes Wochenende.

Die ReferentInnen

Dr. Stefan Lanka/Arzt/Forschungsgruppe investigative Medizin & Publizistik, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Arbeitskreis für Gesundheitsbewußtsein und kritischen Umgang mit Arzneimitteln, Hubert Ostendorf/Journalist/Coordination gegen BAYER-Gefahren, Dr. Ekhart Wetzstein/Arzt/Wissenschaftlicher Mitarbeiter der PdS Bundestagsgruppe

Jetzt anmelden

Wir müssen planen, wir müssen finanzieren. Bitte jetzt anmelden. Die Jahrestagung findet vom 8. bis 9. November in Düsseldorf statt. Kosten der Tagung (mit privater Unterbringung) 50,-- DM. Tagungsunterlagen erst nach Eingang der Tagungsgebühr
Anmeldung ausschneiden und einsenden an: Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Fon: 0211 - 33 39 11 / Fax: 0211 - 33 39 40
eMail: Co gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

✂ .....

❑ **Ja**, ich melde mich an zur Jahrestagung 1997 der Coordination gegen BAYER-Gefahren.
Meinen Tagungsbetrag bucht bitte ab:

Bank .....

Konto.....BLZ.....

Vorname/Name.....

Straße/Hs.-Nr.....

PLZ/Ort .....

Datum/Unterschrift.....

BAYER trifft Grüne

(taz/ho) BAYER und die gesamte chemische Industrie treffen offensichtlich Vorsorge für den Fall, daß es in Bonn zu einem Regierungswechsel kommen sollte. Erstmals führen die Konzerne Gespräche mit den Grünen und finden eine „große Konsensbereitschaft" vor.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) und die grüne Bundestagsfraktion haben sich am 30. Juni 1997 erstmals in Bonn getroffen. Thema: Die Zukunft der Chemie. Lange schon haben die Grünen ihre BAYER- und industriefeindliche Haltung einer „regierungsfähigen" Dialogstrategie geopfert: „Eine nachhaltige Wirtschaft kann nicht gegen, sondern nur mit der Industrie durchgesetzt werden", meint die umweltpolitische Sprecherin Michaele Hustedt. Und Fraktionssprecherin Kerstin Müller ergänzt: „Die Zeiten der Erzfeindschaft, in denen wir der Chemie-Industrie tote Fische vor die Werkstore kippten, sind vorbei."

Die Grünen sehen sich in einer guten Lage. Die „langen fetten Jahre" der Branche seien vorbei, es sei „Dynamik hereingekommen", die Innovationen möglich machen. Mit ihrem (aus Sicht der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN ziemlich blauäugigen) Papier „Zukunft der Chemie-Industrie" haben die Grünen sich auf das historische Treffen vorbereitet. Darin definieren sie Umweltbewegung, AnwohnerInnen und kritische VerbraucherInnen als marktwirtschaftliches Element, das BAYER und Co. „zu Höchstleistungen treibt". Die Firmen erlangten durch die Proteste den Vorteil, sich notgedrungen auf neue interessante Marktsegmente hinzubewegen. Sie würden mit neuen Produkten „vom Getriebenen zur treibenden Kraft".

In diesem Sinne zeigen sich die Grünen durchaus aufgeschlossen für ehemals indiskutable BAYER-Forderungen an die Politik. Nun fordern auch die Grünen neu gestaltete Arbeitszeiten und rasche wie verläßliche Genehmigungsverfahren. Kein Wunder, daß die Chemie-Manager begonnen haben, die Grünen zu lieben. Die Konzernlenker lobten die „überraschend positive Atmosphäre sowie die große Ernsthaftigkeit und Konsensbereitschaft".

Literaturpreisträger zensiert.

Klas Ewert Everwyn, Träger u.a. des Deutschen Jugendliteraturpreises und des Heinrich-Wolgast-Preises, erhielt im Jahr 1980 für sein Werk „Der Dormagener Störfall" den Literaturpreis der Stadt Dormagen. Das rief den Chemie-Konzern BAYER auf den Plan, der dafür sorgte, daß der Literaturpreis bis heute nicht angemessen überreicht und der Roman gerichtlich zensiert wurde.
Hier erstmals in einer gebundenen Hardcover-Ausgabe der bislang nur unter der Hand in Broschürenform erhältliche spannende Roman über einen fiktiven „Störfall" in einem Chemiewerk des BAYER Konzerns.

Der Dormagener Störfall, Klas Ewert Everwyn, Schmetterling-Verlag/ Stuttgart, DM 29,80, ISBN 3-926369-46-9. Zu beziehen bei Ihrem Buchhändler oder direkt mit dem Coupon in dieser Anzeige.

coupon

Ja, Ich bestelle _____ Exemplare „Der Dormagener Störfall" à 29,80 DM zzgl. 8,00 DM Porto/Versand.

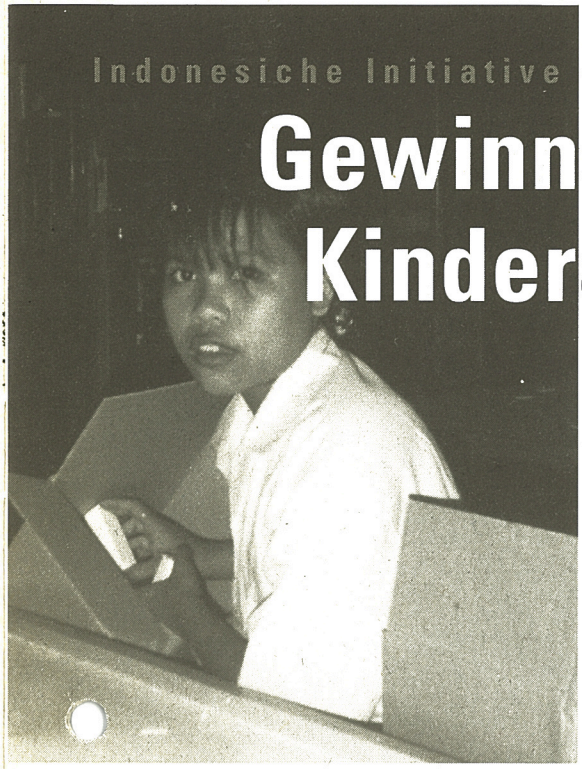
Bitte bucht ab bei:

Bank Konto BLZ

Vorname / Name Straße / Ort

Datum / Unteschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 33 39 11, Fax 0211 - 33 39 40, **eMail** Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de



Indonesiche Initiative erhebt Vorwürfe gegen BAYER

Gewinnsteigerung durch Kinderarbeit ?

Südostasien lockt die Multis mit starkem Wachstum und hohen Gewinnen. Expandierende Märkte und niedrige Steuern steigern die Einnahmen, lasche Umweltstandards und fehlende Gewerkschaften halten die Kosten niedrig. Die Leidtragenden des Booms sind FabrikarbeiterInnen (häufig Kinder und junge Frauen), die für niedrigste Löhne an gefährlichen Arbeitsplätzen schuften; immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen und schweren Gesundheitsschäden. Doch ob in China, Thailand oder Indonesien, überall mischt auch der BAYER-Konzern mit – trotz repressiver Regierungen und fehlender Demokratie. Und um ein reibungsloses Wirtschaften zu befördern, werden selbst Diktatoren hofiert. Die Kinderschutzorganisation KOMPAK klagt BAYER nun an, in seiner indonesischen Pestizidproduktion mangelhafte Sicherheitsmaßstäbe anzulegen und in der Vergangenheit sogar Kinder beschäftigt zu haben.

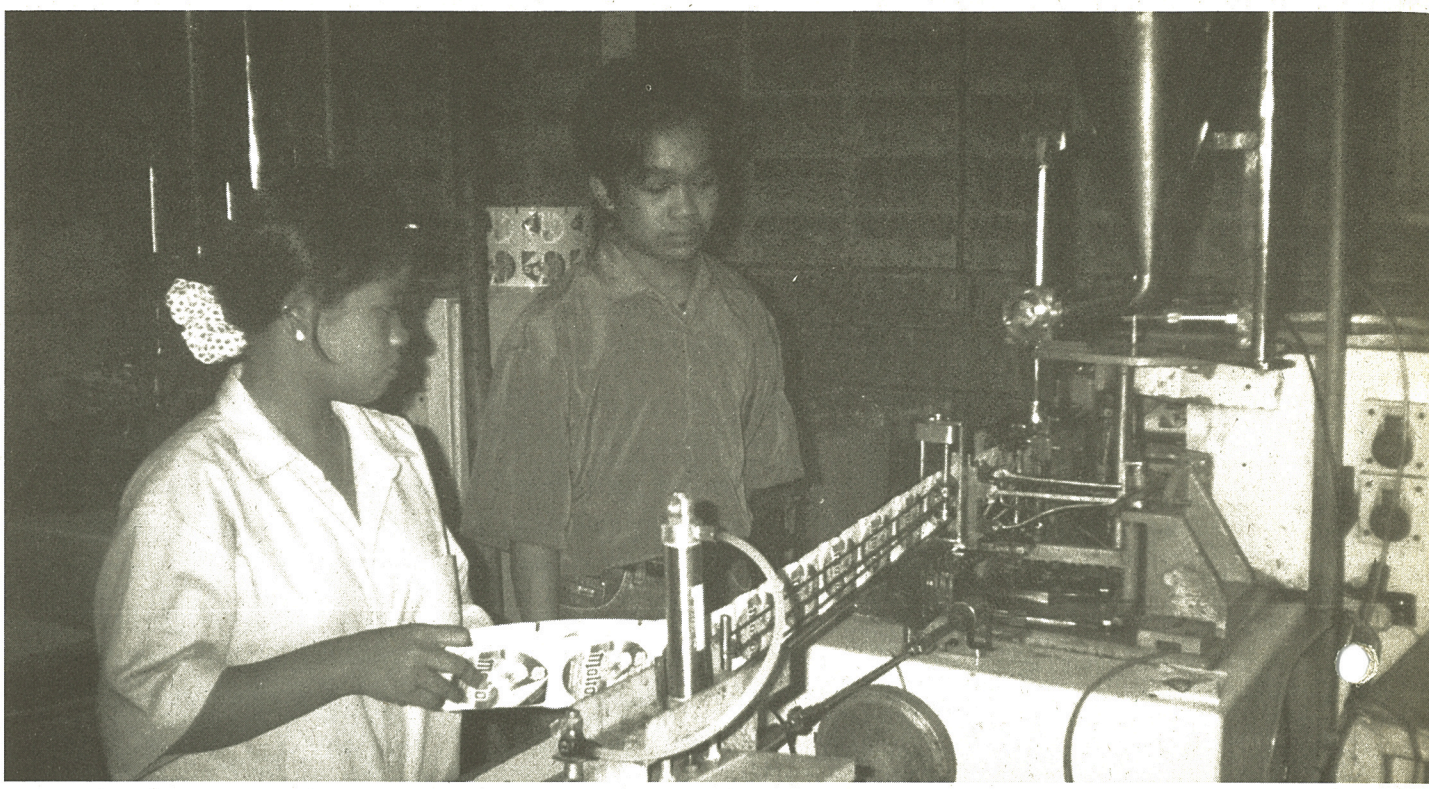
Von Philipp Mimkes

4. April 1995: Fünf Hubschrauber schweben in Leverkusen ein, der indonesische Staatspräsident Suharto besucht das BAYER-Hauptquartier und wird vom Vorstand empfangen. Suharto, dessen Familienclan alle politischen Instanzen und die Ökonomie des riesigen Landes kontrolliert, ist seit langem mit den BAYER-Führungskräften persönlich bekannt und soll auch bei der indonesischen BAYER-Tochter beteiligt sein. Die von amnesty international in Indonesien dokumentierten Menschenrechtsverletzungen (Folter, Hinrichtungen, „Verschwindenlassen" von Gefangenen, gerichtliche Schnellverfahren) sind kein Hindernis für den Schulterschluß zwischen BAYER und Suharto - der Kontakt zahlt sich schließlich für beide Seiten aus. Anschaulich dokumentiert das Treffen das gute Einvernehmen der Konzernlenker mit Diktatoren in aller Welt.

Zur selben Zeit wendet sich die indonesische Kinderschutzorganisation KOMPAK hilfesuchend an deutsche Initiativen. KOMPAK meldet aus Zulieferbetrieben von BAYER Verstöße selbst gegen die laschen indonesischen Sicherheitsbestimmungen. Auch Altersangaben von jugendlichen Arbeitern sollen gefälscht worden sein. Daraufhin haben sich Vertreter von KOMPAK in den Betrieben anwerben lassen, um die Verhältnisse vor Ort kennenzulernen, zusätzlich wurden die betroffenen ArbeiterInnen außerhalb des Werks über ihre Arbeitsbedingungen befragt. Die Resultate wurden von Soziologen zu einer Studie zusammengefaßt, die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vorliegt. Die wichtigsten Resultate hieraus:

BAYER ist seit 1957 in Indonesien, der jährliche Umsatz beträgt rund 350 Mio DM. Die Aktiengesellschaft PT BAYER INDONESIA gehört zu 60% der deutschen Mutter und zu 40% indonesischen Aktionären. Auf allen größeren indonesischen Inseln gibt es BAYER-Niederlassungen (etwa 25), einige davon beliefern ganz Südostasien und Afrika. Verschiedene Produkte stellt BAYER nicht selbst her, sondern läßt sie von Lizenznehmern produzieren. Auch diese Fabrikate tragen das BAYER-Markenzeichen, der Konzern ist daher verpflichtet, sowohl die Produkte als auch die Fabrikationsstätten regelmäßig zu kontrollieren. KOMPAK hat zwei dieser Subkontraktoren untersucht, die indonesischen Firmen PT SINAR PLATACO in Bogor und PT GLOBINA KARYA in Cicadas. Sie stellen die BAYER-Insektizide BAYGON und AUTAN nach Originalrezeptur von BAYER her. Folgende Mißstände wurden dokumentiert:

- Aus der Fabrik PT SINAR PLATACO gibt es Berichte, daß die Arbeiter giftigen Dämpfen ausgesetzt sind und Hitze, Lärm und Luftfeuchtigkeit unerträglich seien. In allen Produktionsbereichen klagen die Arbeiter über Gesundheitsbeeinträchtigungen (Husten, Kopfschmerzen [95% aller Arbeiter], Augenschmerzen [30%], Asthma, Lungenprobleme, Hautprobleme [66%]). Bei einer Befragung gaben 90% der Arbeiter an, daß die Arbeitssicherheit unzureichend sei.



• Die meisten Arbeiter erhalten keinerlei Sicherheitshinweise, auch nicht, wenn sie direkt mit Chemikalien in Kontakt kommen. Teilweise werden Masken ausgeteilt, diese sind aber nur aus Stoff und daher nicht in der Lage, giftige Dämpfe zu filtern.

• Vielen Arbeitern wird der Status als „permanent worker" vorenthalten. 50% der Arbeiter, die länger als ein Jahr angestellt sind, sind Tagelöhner, d.h. sie können ohne Entschädigung täglich entlassen werden, haben keinen Anspruch auf Krankengeld, Schwangerschaftsfortzahlung, etc.

• In dem Werk PT SINAR PLATACO arbeiteten zum Zeitpunkt der Untersuchung offenbar 14- bis 16-jährige Arbeitskräfte, obwohl offiziell ein Mindestalter von 18 Jahren gilt.

• Bei der Anwerbung von Arbeitskräften werden die Altersangaben der neuen Arbeitskräfte nicht kontrolliert. Die Einzustellenden müssen nur angeben, sie seien volljährig; es scheint eine stillschweigende Übereinkunft zu geben, daß Kinderarbeit toleriert wird.

• Jugendliche Arbeiter werden in allen Bereichen eingesetzt, also auch in gefährlichen Abteilungen.

• Bei hoher Auftragslage werden Schichten von bis zu 16 Stunden verlangt.

• Die bei der Herstellung von BAYGON und AUTAN verwendeten Chemikalien Propoxur, Dichlorvos und Diethyltoluamid bewirken Hautveränderungen, Sehschwäche, Nervenschäden und Kopfschmerzen.

• Besonders gefährlich ist Dichlorvos (Gefahrenstufe Ib = hochgefährlich lt. Weltgesundheitsorganisation). Nach Packungsaufdruck ist Dichlorvos in BAYGON nicht mehr enthalten, chemische Analysen eines unabhängigen Instituts haben aber ergeben, daß BAYGON 4% Dichlorvos enthält. Entweder wurden Reste „verwertet" oder Dichlorvos wurde weiterverwendet und nur der Packungsaufdruck verändert.

Die Einzustellenden müssen nur angeben, sie seien volljährig; es scheint eine stillschweigende Übereinkunft zu geben, daß Kinderarbeit toleriert wird. Bei hoher Auftragslage werden Schichten von bis zu 16 Stunden verlangt.

Es stellt sich also die dringende Frage, inwieweit BAYER als Lizenzgeber seiner Pflicht nachkommt, Produkte und Produktionsstätten regelmäßig auf die geltenden Sicherheitsstandards hin zu kontrollieren. Kritische AktionärInnen brachten das Thema auf die diesjährige BAYER-Hauptversammlung im Frühjahr. Der Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider stritt alle Vorwürfe kategorisch ab, insbesondere der Vorwurf der Kinderarbeit wurde scharf zurückgewiesen. Es scheint wahrscheinlich, daß dem Konzern die Untersuchungen von KOMPAK bekannt waren und daß schon im letzten Jahr auf die wichtigsten Anschuldigungen reagiert wurde. Besonders imageschädigend ist der Vorwurf der Kinderarbeit, offenbar hat BAYER bei seinem Lizenznehmer darauf gedrungen, die Jugendlichen zu versetzen oder zu entlassen. Auf welchem Stand sich die Sicherheitsbedingungen befinden, läßt sich momentan von Deutschland aus nicht ermessen.

Unabhängig von den konkreten Vorwürfen wird BAYER aufgefordert, nicht mehr in Ländern wie Indonesien und China zu investieren, in denen fundamentale Menschenrechte mit Füßen getreten werden und in denen keine freien Gewerkschaften existieren. Diese Geschäfte sind unter ethischen und moralischen Gesichtspunkten nicht vertretbar. Zumindest sollten Multis wie BAYER, die heute weltweit den größten Machtfaktor darstellen, in allen Ländern auf Demokratisierung und Einhaltung der Menschenrechte drängen. Dann würden sie eher der gesellschaftlichen Verantwortung, die sie in allen Ländern ihres Engagements tragen, gerecht werden!

Eine Sache der Ehre

(ho) Eine BAYER-Angestellte wehrt sich gegen sexulle Belästigung. In der Folge bekommt sie die ganze Härte eines männlich geführten Konzerns zu spüren und verliert schließlich ihren Job.

Milena Roveda (26) ist das, was mann (!) eine typische Karrierefrau nennt. Jung, „zielstrebig, eloquent und risikofreudig", wie ein ehemaliger Vorgesetzter schwärmerisch konstatiert. Der Peruanerin stand daher bei BAYER eine große Karriere bevor. Bis zu dem Tag im Juli 1994, als sie mit ihrem Vorgesetzten und einigen anderen KollegInnen auf eine Dienstreise nach Chicago flog. Dort, im noblen Westin-Hotel, sei, so Roveda, ihr Vorgesetzter Peter V. ihr zu nahe getreten, um es einmal gelinde auszudrücken. „Bei uns in Peru nennen wir das einen Überfall", sagt Roveda einem großen deutschen Nachrichtenmagazin. Peter V. sei ihr eines nachts gegen 12 Uhr von der Bar aus gefolgt und habe seinen Arm um ihre Taille gelegt. Roveda wollte ihm entkommen, doch V. habe sie eingeholt, ihren Kopf zwischen seine Hände genommen und ihr einen Kuß auf den Mund gepreßt. Im Fahrstuhl habe V. sie mit Gewalt gegen die Kabinenwand gedrückt und nach ihrem Busen gegriffen. Roveda: „Ich habe versucht, seinem feuchten Mund auszuweichen." Im zehnten Stock habe V. sie aus dem Lift gezerrt und gestöhnt: „Komm schon. Ich werde Dir nicht weh tun." Roveda sei es schließlich gelungen, ihn fortzustoßen und mit dem Aufzug zu fliehen.

Zunächst wollte Milena Roveda den Gewaltakt gegen sie nicht an die große Glocke hängen. Doch als ihr Vorgesetzter begann, ihr beruflich das Wasser abzugraben und sie aufs Abstellgleis zu stellen, wendet sich die Bedrängte an die Spitze des Chemiemultis. Bei Vorstandsmitglied Walter Wenninger hofft sie auf Verständnis. Immerhin heißt es in einem Betriebsrats-Info, daß sexuelle Übergriffe bei Ausnutzung eines Abhängigkeitsverhätnisses sowie bei Androhung beruflicher Nachteile besonders perfide sind. Nachdem Weninger anfangs „den Vorfall für sehr gravierend" hielt, wie Roveda notierte, heißt es heute in einer offiziellen BAYER-Erklärung: „Frau R. hat Behauptungen aufgestellt, die Herr V. bestritten hat. Es steht Aussage gegen Aussage."

Nun ist der berufliche Abstieg von Milena Roveda nicht mehr aufzuhalten. Im Juli 1995 erhält die engagierte Contollerin eine Abmahnung, weil sie mitunter ein paar Minuten zu spät gekommen war. Ein Vorwand. In einem Dankesschreiben der Unternehmensleitung hieß es zuvor noch, Roveda habe „unter Verzicht auf Urlaub und Freizeit ... eine der größten Aquisitioen in der Geschichte des BAYER-Konzerns vorbereitet". „Wer sich sexuell nicht belästigen läßt, muß pünktlich sein", folgert Roveda-Anwalt Hans-Joachim Radisch, der beim Solinger Amtsgericht eine Rücknahme der Abmahnung erwirkt. Anfang 1996 verkauft BAYER die Marken NATREEN und DELIAL, mit denen Frau Roveda beruflich befaßt war und versucht auf diese Weise, die nunmehr lästige Frau gleich mit loszuwerden. Roveda klagt, gewinnt erneut und erreicht, daß BAYER sich verpflichtet, sie als „Produktions-Controllerin zu unveränderten Bedingungen weiterzubeschäftigen". Doch Roveda erhält keine faire Chance mehr. Aus purer Schikane wird sie zur Ost-Niederlassung nach Bitterfeld versetzt. Sie lehnt ab und wird fristlos gekündigt. Wieder entscheidet das Solinger Amtsgericht zugunsten Rovedas. Die fristlose Kündigung sei nicht gerechtfertigt, heißt es in einem Urteil vom 17. Dezember 1996. Ob der Frau fristgemäß gekündigt werden durfte, muß juristisch noch geklärt werden. Das Düsseldorfer Landesarbeitsgericht entschied inzwischen, daß ein „ursächlicher Zusammenhang" zwischen Kündigung und der Tatsache, daß Roveda „nicht mit dem (inzwischen frühpensionierten) Kerl in die Kiste gestiegen ist", wie sie es ausdrückt, nicht nachgewiesen werden kann. Doch Roveda will nicht aufgeben: „Das ist eine Sache der Ehre", sagt sie. Ihr Anwalt hat den Fall bis vors Bundesarbeitsgericht gebracht. Ob hier jemals über Rovedas Erniedrigung bei BAYER verhandelt werden kann, wird derzeit noch geprüft. Es steht zu befürchten, daß BAYER - wie in anderen Fällen zuvor schon - alle Hebel in Bewegung setzen wird, eine höchstrichterliche Verurteilung zu verhindern.

Ja, **COUPON**

ich möchte die konzernkritische Arbeit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) unterstützen.
Dafür erhalte ich viermal im Jahr das aktuelle STICHWORT BAYER.

- ☐ **Ich möchte Förderer werden, und zwar mit einem monatlichen Beitrag von _____ DM (mindestens 10 DM/Monat bzw. 120 DM/ Jahr).**
- ☐ **Ich möchte STICHWORT BAYER abonnieren, und zwar für _____ DM (mindestens 5 DM/ Monat, bzw. 60 DM/Jahr)**
- ☐ **Ich erhalte STICHWORT BAYER bereits regelmäßig und möchte zusätzlich noch _____ weitere Hefte für 3 DM (incl. Porto) zur Weitergabe an FreundInnen und Bekannte.**
- ☐ **Ich möchte aktiv mitarbeiten.**
- ☐ **Ich möchte das Stimmrecht für BAYER-Aktien an die Kritischen BAYER- AktionärInnen übertragen.**

EINZUGSERMÄCHTIGUNG
Hiermit ermächtige ich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. bis auf Widerruf von meinem Konto _____ DM
☐ **monatlich** ☐ **vierteljährlich** ☐ **halbjährlich** ☐ **jährlich per Lastschrift einzuziehen.**

Bank _____ **Kontonummer** _____ **Blz** _____

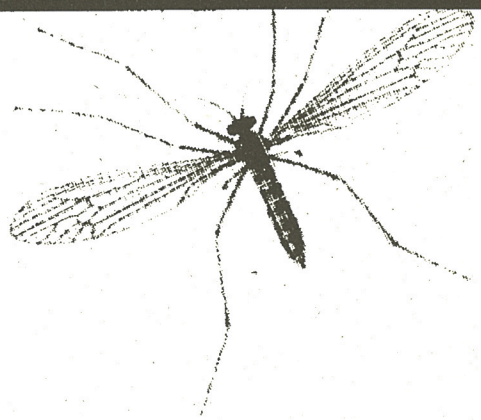
Adresse _____ **Tel.** _____ **Datum, Unterschrift** _____

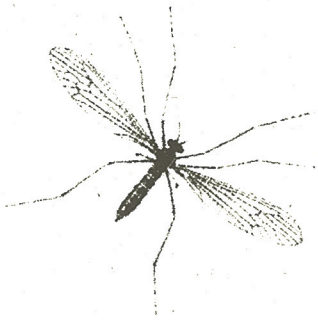
BAYER-Pyrethroide töten Insekten und machen Menschen krank

Nervengift gegen Motten und Menschen

Über 130 Tonnen pyrethroidhaltiger Insektizide werden Jahr für Jahr in heimischen Stuben ausgebracht. Die vermeintlich harmlosen Mittel werden zur „Ungeziefer-Bekämpfung" in Büros, Schlafzimmern und Flugzeugkabinen versprüht. Der Leverkusener BAYER-Konzern ist weltweit einer der führenden Produzenten von Pyrethroiden. BAYER-Vorstandschef Schneider erklärte, diese Mittel könnten „umweltverträglich eingesetzt werden". Doch mittlerweile mehren sich die Stimmen, die ein totales Verbot von Pyrethroiden fordern. Denn diese Stoffe haben sich als hochtoxische Nervengifte entpuppt - lebensgefährlich nicht nur für Mücken und Motten, sondern auch für Menschen.

Von Volker Rekittke





Nachdem DDT gegen die massive Propaganda von BAYER (DDT rettet Leben, weil es Malaria übertragende Mücken tötet)

Das langlebige Nervengift Permethrin, das zur Wirkstoffgruppe der Pyrethroide gehört, zählt in den USA zu den 50 giftigsten Stoffen und gilt als krebserzeugend.

verboten wurde, setzt der Konzern seit Mitte der achtziger Jahre massiv auf Pyrethroide. Das sind synthetische Nachbauten eines natürlichen Wirkstoffs, der aus der Blüte der Chrysantheme gewonnen wird. Schon in der Antike war die insektizide Wirksamkeit dieses Mittels bekannt. Allerdings sind die künstlich in Chemielabors hergestellten Nervengifte von einem anderen Kaliber als der pflanzliche Blütenextrakt, der unter Sonnenlicht rasch seine giftige Wirkung verliert. Das langlebige synthetische Nervengift Permethrin etwa zählt in den USA zu den 50 giftigsten Stoffen und gilt als krebserzeugend. Und während sich WissenschaftlerInnen in der Bundesrepublik noch über die Langzeitwirkungen des Gifts auf Organe und Nervensystem streiten, werden immer mehr Fälle von Pyrethroid-Geschädigten bekannt.

Gudrun Plank aus Worpswede klagt inzwischen gegen die Herstellerfirma eines Anti-Floh-Mittels sowie die Tierärzte, die ihr das Spray verkauft hatten. „Völlig ungefährlich" sei das Insektizid, wurde ihr gesagt. Und so versprühte Plank drei Liter des Giftes über mehrere Wochen nach Anweisung in ihrer Wohnung - so lange, bis alle Katzenflöhe tot waren. Nach nur vier Wochen traten die ersten Vergiftungserscheinungen bei der 55-jährigen Malerin auf. Ärzte bescheinigten ihr „Nerven- und Muskelschäden, Gleichgewichtsstörungen sowie erhebliche Leistungsveränderungen durch toxische Stoffe". Ihr Anwalt ist optimistisch, daß seine Mandantin vor Gericht Erfolg hat: „Obwohl das Bundesgesundheitsamt schon Ende der achtziger Jahre vor Langzeitpyrethroiden in Innenräumen gewarnt hatte, haben hier weder Tierärzte noch Hersteller ausreichend über die Anwendung des Mittels und seine Folgen informiert." Im Gegenteil: Die Gebrauchshinweise seien geradezu „verharmlosend und irreführend".

Bereits seit einem Jahr ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft in einem Großverfahren gegen mehrere Unternehmen, darunter eine Sparkasse und die LUFTHANSA. Die Kabinen und Cockpits von Flugzeugen wurden bislang alle 100 Tage mit einem permethrinhaltigen Mittel ausgegast. Die Konzentrationen in der Wischprobe erreichen leicht 690 Milligramm pro Quadratmeter, eine geradezu atemberaubende Menge. Außerdem verlangen weltweit 36 Länder, darunter Australien, Indien und Argentinien, daß vor jeder Landung in der Kabine ein Insektizid versprüht wird. Seit die Frankfurter Ermittlungen im vergangenen Herbst bekannt wurden, haben sich bei der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation bereits mehr als 80 Stewardessen und Stewards gemeldet, die über die typischen Symptome einer Pyrethroidvergiftung klagen. Ein medizinischer Gutachter bestätigte den Ermittlern, daß die Beschwerden auf eine chronische Erkrankung mit Pyrethroiden zurückzuführen seien.

Doch das alles ist möglicherweise nur die Spitze eines gigantischen Eisberges - oder korrekter: Giftberges. Jährlich werden die Insektenkiller tonnenweise in bundesdeutschen Haushalten und Betrieben versprüht. Bundesweit sind allein 180 Millionen Elektroverdunster von BAYER &

Pestizideinsatz erhöht das Krebsrisiko

(vr) Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft und im Haushalt erhöht vor allem bei Kindern das Krebsrisiko stärker als bisher angenommen. Zu diesem Ergebnis kommt der belgische Krebsforscher Eric Pluygers in einem Bericht an den Deutschen Naturschutzring. Viele Pestizide seien schon in extrem niedrigen Dosen biologisch aktiv. Außerdem verstärke sich ihre krankmachende Wirkung durch andere Schadstoffe. Daher müßten die Grenzwerte für vermeintlich unschädliche Dosen in Frage gestellt werden. Anhand der belgischen Krebsstatistik hat Pluygers errechnet, daß mindestens 5,6 Prozent der untersuchten Krebsfälle auf Pestizide zurückzuführen seien.

Menschliche Versuchskaninchen gesucht

(swb) Wer plant, umfangreichere Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen mit pyrethroidhaltigen Insektenvernichtungsmitteln bei sich zu Hause oder am Arbeitsplatz durchzuführen, kann sich jetzt beim Hygiene-Institut der Universität Düsseldorf melden. Dort werden nämlich dringend 100 Personen für eine Studie, die über einen Zeitraum von drei Jahren angelegt ist, gesucht. Die VersuchskandidatInnen werden vor, während und nach der Behandlung mit Insektiziden einem „Check-up" unterzogen. Auftraggeber der kruden Studie mit dem Titel „Pyrethroidexposition in Innenräumen: Bio-, Effekt- und Innenraum-Monitoring" ist übrigens das Bundesgesundheitsministerium. Das Seehofer-Haus geht zwar davon aus, daß Pyrethroide „bei sachgemäßer Anwendung" ungefährlich seien. Dennoch, so ist Presseberichten zu entnehmen, seien „letzte Zweifel" Anlaß genug gewesen, die Studie in Auftrag zu geben.

Co in Betrieb, die kontinuierlich Pyrethroide an die Raumluft abgeben. In mehr als 50 Prozent aller Haushalte, so ergab eine repräsentative Studie, die der niedersächsische Sozialministers Wolf Weber (SPD) in Auftrag gegeben hatte, werden „Schädlingsbekämpfungsmittel" benutzt. In nur 2 von 379 Wohnungen fanden die beauftragten Chemiker keine Rückstände der allesamt frei verkäuflichen Gifte. An erster Stelle rangieren langlebige Pyrethroide. Die Studie spricht von einer „fast vollständigen" Verpestung der untersuchten Haushalte. Der Münchener Wissenschaftler Prof. Dr. Helmuth Müller-Mohnssen von der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) schätzt die Zahl derer, die an den Folgen von Mückensprays, Schabenvertilgern und anderen Giften leiden, auf mindestens 10.000. Als „toxikologischen Großversuch" geißelt er den Vertrieb jener Killerstoffe, die die chemische Industrie gerne als „sanfte Mittel" bezeichnet. Sein Kollege Dr. Armin Tippe zählt die Pyrethroide zu den „stärksten Nervengiften, die wir kennen".

In mehr als 50 Prozent aller Haushalte, so ergab eine repräsentative Studie, werden Schädlingsbekämpfungsmittel benutzt. In nur 2 von 379 Wohnungen fanden die Chemiker keine Rückstände.

Auch neue Erkenntnisse aus den USA alarmieren die Fachleute. Rund 30.000 amerikanische GolfkriegsveteranInnen klagen über ähnliche Beschwerden (vgl. SWB 2/97). Bei der Suche nach den Ursachen des sogenannten Golfkriegsyndroms ist WissenschaftlerInnen der Universität Texas in Dallas jetzt ein Durchbruch gelungen. Sie stießen auf einen tückischen Chemie-Cocktail: PB, ein Stoff, der die Soldaten vor Giftgasangriffen der Iraker schützen sollte, das Mückenmittel DEET (AUTAN) sowie Permethrin, mit dem die Uniformen der GIs imprägniert wurden. Der Chemie-Mix ist vermutlich Verursacher für die Gehirn-, Rückenmark- und Nervenschäden der SoldatInnen. Der hunderttausendfache „Menschenversuch" am Golf wirft nach Meinung von Olaf Hostrup von der Universität Oldenburg ein ganz neues Licht auf die Bewertung von Pyrethroiden. „Es gibt viele Insektizide, die mehrere Wirkstoffe enthalten. In diesen Kombi-Präparaten werden die Stoffe, die den Abbau der Pyrethroide hemmen oder verhindern, häufig gleich mitgeliefert."

Derweil boomt der Markt für das Teufelszeug: Allein für den häuslichen Gebrauch schätzte der Branchendienst Agrow Reports 1994 den weltweiten Umsatz von Pyrethroiden auf eine Milliar-

Seit die Frankfurter Ermittlungen im vergangenen Herbst bekannt wurden, haben sich bei der Unabhängigen Flugbegleiter Organisation bereits mehr als 80 Stewardessen und Stewards gemeldet, die über die typischen Symptome einer Pyrethroidvergiftung klagen.

de US-Dollar. Auch BAYER, als einer der größten Hersteller des gefährlichen Wirkstoffs, verdient gut an Haushaltsgiften wie BAYGON, MUSCATOX, BLATTANEX oder MAFU. Das BAYER-Mottenschutzmittel EULAN wird zur Ausrüstung von „Polsterstoffen, Deko-Materialien" und „Bettwaren" eingesetzt, um sie gegen „Insektenfraß" zu schützen, wie der BAYER-Pressechef Heiner Springer in einem Brief an eine Kritische Aktionärin mitteilte.

Während pyrethroidhaltige Pestizide in der Landwirtschaft gewissen Kontrollen unterliegen, klafft für den Markt der chemischen Haushaltskeulen eine rechtliche Lücke. Da die europäische Biozidrichtlinie weiter auf sich warten läßt, arbeitet das Bundesgesundheitsministerium auf Drängen von Grünen und SPD zur Zeit an einer Verordnung zum Schutz der VerbraucherInnen. Bereits 1994 hieß es, die Regelung sei „fertig". Mit ihr sollten Pyrethroide sogar vom Markt verschwinden (siehe auch SWB 3/94). Mittlerweile aber läuft Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) - zusammen mit BAYER und den anderen großen Pyrethroid-Herstellern - sogar gegen die ohnehin lasche Seehofer-Verordnung Sturm. Mit Erfolg: Nach einem Entwurf aus dem Gesundheitsministerium dürfen zwar Insektenkiller für den Hausgebrauch nur noch Wirkstoffe enthalten, die in einer sogenannten Positivliste empfohlen werden. Von einer geregelten Zulassung ist aber genausowenig die Rede wie von einem Verbot der Pyrethroide. Noch 1994 gingen Experten des Bundesintituts für Verbraucherschutz (ehemals: Bundesgesundheitsamt) übrigens davon aus, daß der damalige Entwurf die gesetzlichen Hürden in absehbarer Zeit nehmen würde, weil auch die Hersteller gut mit ihm leben könnten.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert als ersten Schritt die Aufnahme pyrethroidhaltiger Mittel in die Gefahrenstoffverordnung mit ihren über 1.600 Substanzen, die gesetzliche Verpflichtung, Warnhinweise deutlich auf die Verpackung zu schreiben, ein Verbot der Anwendung in Kinder- und Schlafzimmern sowie mittelfristig die gänzliche Verbannung von Pyrethroiden und anderer Pestizide. Außerdem muß die Beweislast bei Pyrethroid-Vergiftungen endlich umgekehrt werden: Nicht die Opfer müssen glaubhaft machen, daß sie geschädigt wurden, sondern BAYER und andere Hersteller von pyrethroid-haltigen Insektenvernichtungsmitteln müssen beweisen, daß die Opfer nicht geschädigt wurden.

Giftige Flohschutzbänder

BAYER ist einer der größten Hersteller von sog. Flohschutzbändern (Marke BOLFO), die das giftige Insektizid Propoxur enthalten. Obwohl auf der Packung steht, daß Nebenwirkungen und Gegenanzeigen „nicht bekannt" sind, gibt ein einschlägiges Toxikologiehandbuch eine tödliche Dosis mit 83 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht an. Ein BOLFO-Halsband enthält 1.175 Milligramm Propoxur. Kritische TiermedizinerInnen glauben, daß BOLFO bei den behandelten Hunden oder Katzen Irritationen und Störungen des zentralen und peripheren Nervensystems auslösen kann. Wenn Kinder mit dem Flohhalsband in Kontakt geraten - was über das Streicheln des geliebten Haustieres sicherlich häufig vorkommt - sind ähnliche Auswirkungen zu befürchten.

„Referenzanlage" für Taiwan explodiert

Gift-Regen in Dormagen

BAYER-Werk Dormagen, Montag, 30. Juni, 21 Uhr: Ein unter Druck stehendes Rohr platzt, minutenlang spritzt eine Fontäne mit heißer Flüssigkeit heraus und geht in einem Umkreis von 100 Metern zu Boden. Eine harzige Kruste überzieht die Anlage, eine öffentliche Straße und einen Parkplatz. Auch zwei Mitarbeiter und ein vorbeifahrender Zug der Bundesbahn werden getroffen, nur der späten Stunde ist es zu verdanken, daß weitere Mitarbeiter des drittgrößten BAYER-Werks nicht unmittelbar zu Schaden kommen.

Von Philipp Mimkes

An dem lecken Rohr entsteht Feuer, giftige Wolken steigen auf. Erst nachdem die Werksfeuerwehr den Brand gelöscht hat, kann das Loch geschlossen werden, über 12 Tonnen krebserregendes Toluylendiamin (TDA) sind mittlerweile ausgetreten. Spezialtrupps reinigen die Umgebung so gut es geht, unter anderem müssen 160 Autos „dekontaminiert" und größtenteils neu lackiert werden, so ätzend ist das ausgetretene Gift. Der direkte Schaden beträgt mehrere hunderttausend Mark, außerdem kommt es zu Produktionsausfällen. Der S-Bahn Zug wird von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und auf Rückstände untersucht. Die Kriminalpolizei ermittelt zusammen mit Umweltämtern, ob der Störfall strafrechtliche Folgen haben könnte, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) stellt Strafanzeige wegen Boden- und Luftverunreinigung.

Sofort nach dem Unfall beginnen die propagandistischen Aufräumarbeiten: die Werksleitung behauptet reflexartig, es bestünde keinerlei Gefahr für AnwohnerInnen und Umwelt. Im juristischen Sinn läge auch gar kein Störfall vor, sondern lediglich ein „Produktaustritt". Doch in Wirklichkeit bleiben die Folgen für die Umgebung unklar. Niemand kann sagen, welche Brandgase entstanden (Kohlenmonoxid und Stickoxide sind wahrscheinlich) und wohin die Gase getrieben sind. Ebenfalls ungeklärt bleibt, ob weitere Stoffe aus der Anlage ausgetreten sind. Die beiden betroffenen Mitarbeiter und die Feuerwehrleute zeigen zwar keine unmittelbaren Symptome, aber Folgen des Kontakts mit dem stark gesundheitsschädigenden TDA können auch nach Jahren noch auftreten. Die grüne Umweltministerin von NRW, Bärbel Höhn, zu außerparlamentarischen Zeiten noch strikte Verfechterin gläserner Abflußrohre, hat bei Redaktionsschluß keine Daten über den Unfall veröffentlicht, AnwohnerInnen wurden nicht untersucht.

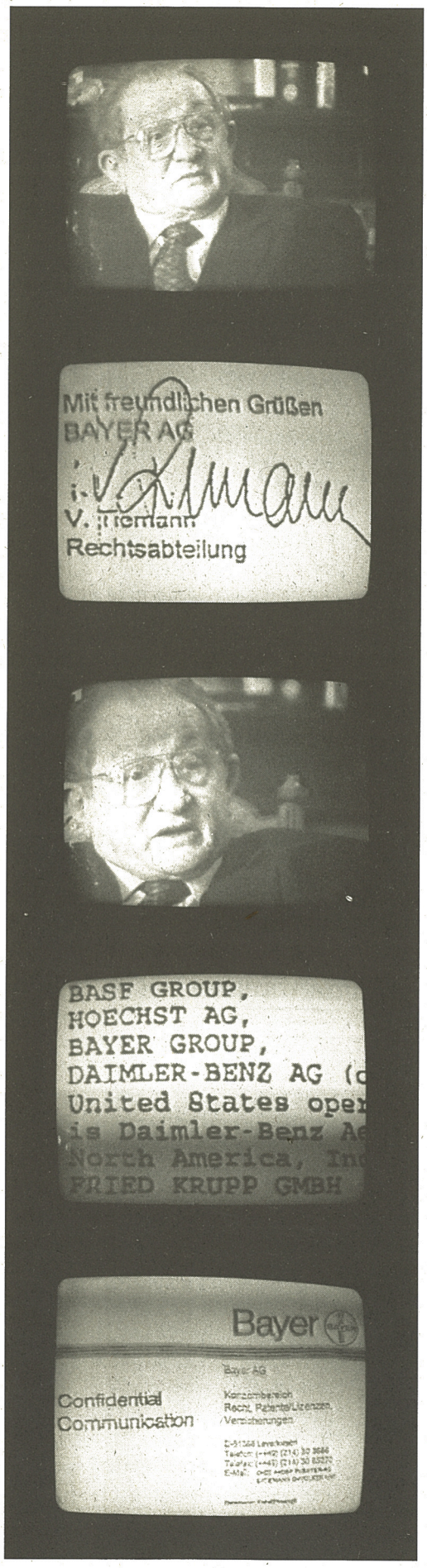
Toluylendiamin wird in Dormagen zur Herstellung von Polyurethan-Schaumstoffen (PUR) verwendet. Der Massenkunststoff PUR steht seit Jahren im Kreuzfeuer der Kritik, da für seine Herstellung hochgiftige Stoffe wie Phosgen (Kampfgas im 1. Weltkrieg) und TDA verwendet werden. Regelmäßig heulen im Werk Dormagen die Sirenen wegen Phosgenalarm - nicht auszudenken wären die Folgen, wenn die Explosion auch die benachbarte Phosgenleitung beschädigt hätte.

Gerne sprechen die Chemie-Verbände von dem Bekenntnis der Konzerne zu „Responsible Care", also dem verantwortungsvollen und sicheren Umgang mit Chemikalien und Anlagen. Wie nach jedem Unfall stellt sich aber die Frage, wann die Chemie-Multis endlich in eine wirklich vorsorgende Sicherheit investieren. Dies würde zunächst bedeuten, daß die gefährlichsten Produkte vom Markt genommen werden und risikoreiche Herstellungsverfahren auf Alternativen hin untersucht werden. Auch für die PUR-Produktion gibt es zum Beispiel einen risikoarmen Weg, der zwar seit langem bekannt ist, aber nicht zur Serienreife entwickelt wird.

Zum anderen müssen endlich die alten Forderungen erfüllt werden, risikoreiche Betriebe nicht in der Nähe von Wohngebieten zu betreiben und alle Anlagen mit einer doppelten Hülle zu sichern. Denn obwohl Leckagen in druckführenden Rohren zu den häufigsten Ursachen von Störfällen gehören, hat BAYER bis heute keine Vorkehrungen getroffen, diesen Unfällen vorzubeugen - eine Ummantelung von Anlagen und Leitungen bleibt die Ausnahme. Viele der heute betriebenen Anlagen sind 25 Jahre und älter, was die Gefahren in Zukunft noch erhöhen wird. Gefordert sind also statt gnadenloser Erhöhung des Shareholder Value verstärkte Investitionen in die Arbeitssicherheit und in den Umweltschutz. Hierfür ist unbedingt auch wieder eine höhere Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nötig.

Trotzdem sinken die Investitionen für Umweltschutzanlagen seit vielen Jahren drastisch. Ironie der Geschichte: nur wenige Stunden vor dem Unfall legte BAYER seinen neuesten „Umweltbericht" vor. Vorstandsmitglied Udo Oels räumte ein, daß der Konzern trotz Rekordumsatz weniger in diesen Bereich investiere, da das öffentliche Interesse an Umweltschutz gesunken sei. Seit 1990 habe das Unternehmen seine Investitionen auf dem Sektor etwa halbiert, was aber nicht zu Lasten von Umwelt und Sicherheit gehe...

Ein neues Licht wirft der Unfall auch auf die umstrittene BAYER-Investition in Taiwan wo ebenfalls eine PUR-Fabrikation geplant ist (siehe auch Bericht in diesem Heft). Wie berichtet hatte BAYER für die dortige Genehmigung ausgerechnet die Produktion in Dormagen als Referenzanlage angegeben und Videos von dieser „Musteranlage" verteilt. Auf Bedenken von taiwanesischen UmweltschützerInnen hatten die Verantwortlichen geantwortet, BAYER baue die sichersten Anlagen der Welt und es habe bei BAYER noch nie (!) einen Störfall gegeben. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Nachricht vom Dormagener Unfall in Taiwan buchstäblich wie eine Bombe einschlug und alle Medien über diesen Vorfall berichteten. Eine weitere Verzögerung des Baus, der schon vor 12 Monaten beginnen sollte, scheint unumgänglich, sogar ein Stop der Planungen ist möglich.



BAYER interveniert in Bonn

Keine Entschädigung für „Hölle auf Erden"?

Der ehemalige KZ-Häftling David Fishel aus den USA klagt gegen seine einstigen Peiniger, darunter der BAYER-Konzern, auf Entschädigung für geleistete Zwangsarbeit. Der Leverkusener Chemie-Multi interveniert daraufhin in Bonn und erreicht dort tatsächlich, daß die Bundesregierung sich in den Fall einklinkt. Das Ziel: die Klage von Fishel niederzuschlagen. Ein ungeheuerlicher, aber nicht einmaliger Vorgang. Bereits 1995 hat BAYER in einem anderen Fall erreichen können, daß es nicht zum Prozeß gegen das Unternehmen kam.

(Monitor/SWB) Mehr als acht Millionen Menschen haben während des Zweiten Weltkriegs für die NS-Rüstungswirtschaft Sklavenarbeit geleistet - doch um eine Enschädigung drückt sich die Bundesregierung ebenso wie die Mehrzahl der großen Konzerne, die damals die Nutznießer waren. Der ehemalige Zwangsarbeiter Henry David Fishel klagt: „Wenn Du nicht so gearbeitet hast, wie die sich das vorstellten, dann schlugen sie Dich zusammen und schleppten Dich zur SS. Und dann wurde alles noch viel schlimmer. Die Hölle auf Erden war dieses Lager."

David Fishel war KZ-Häftling. Während des zweiten Weltkrieges mußte er für deutsche Firmen Zwangsarbeit leisten; zuletzt im Lager Langenstein-Zwieberge im Harz. Als die US-Armee im April 1945 das Lager befreite, lebten nur noch wenige der Menschen, die in den nahegelegenen Rüstungsbetrieben Sklavenarbeit leisten mußten. Hunderte dieser Zwangsarbeiter starben noch nach der Befreiung an den Folgen der unmenschlichen Arbeit, der Unterernährung und der Mißhandlungen. David Fishel ist einer der wenigen, die dieses Lager überlebt haben. Für die jahrelange Zwangsarbeit hat der heutige US-Bürger bisher keinerlei Entschädigung bekommen. Fishel erinnert sich: „Ich war

„Wenn Du nicht so gearbeitet hast, wie die sich das vorstellten, dann schlugen sie Dich zusammen und schleppten Dich zur SS. Und dann wurde alles noch viel schlimmer. Die Hölle auf Erden war dieses Lager."

Arbeitssklave. Ich arbeitete für nichts und sie schulden mir den Lohn. Sie ließen Tausende und Abertausende für sich arbeiten. Und wenn jemand für sie arbeiten muß, dann müssen sie ihn auch bezahlen. Ich habe einen Anspruch darauf, denn sie wurden reich an meinem Blut."

Fishel ist im US-Bundesstaat Iowa vor Gericht gezogen. Beim Bundesgericht in der Stadt Des Moines klagt er für sich und eine Gruppe anderer ehemaliger Zwangsarbeiter des NS-Regimes auf Entschädigung. Fishels Klage richtet sich gegen die Creme der deutschen Industrie, gegen BASF, HOECHST, BAYER, DAIMLER-BENZ und KRUPP, Unternehmen, die er für die Nutznießer seiner Zwangsarbeit hält. Beim NS-Chemie-Giganten IG FARBEN, aus dem nach dem Krieg BAYER, HOECHST und BASF hervorgingen, begannen die Leiden des polnischen Juden David Fishel, der mit 13 Jahren zur Zwangsarbeit nahe Auschwitz verschleppt wurde. Fishel erzählt mit brüchiger Stimme: „Manchmal mußten wir die Kohlesäcke, manchmal Zementsäcke entladen. Ich hatte damals ein Körpergewicht von vielleicht 75/80 Pfund und ich mußte 50-Kilo-Säcke schleppen. Sie waren größer als ich, und wenn man etwas fallen ließ, wurde man geschlagen. Sie standen immer mit dem Knüppel da, um Dich zu schlagen."

1944 führte Fishels Leidensweg in den Harz. Hier mußten die Zwangsarbeiter Stollen in die Thekenberge treiben. NS-Rüstungsfabriken wie JUNKERS und MESSERSCHMIDT sollten so sicher vor Bombenangriffen der Alliierten weiterproduzieren. Tausende Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge starben bei der Arbeit im Stollen. Fishel: „Wir schliefen auf dem Boden, die Leute starben wie die Fliegen, und sie holten sie raus und steckten sie in Massengräber."

David Fishel hat mit seiner Klage die Konzerne aufgeschreckt. Gegen drohende Entschädigungszahlungen suchten sie Beistand bei der Bundesregierung in Bonn.

Seit September '96 gab es dort mehrere vertrauliche Treffen mit hochrangigen Beamten des Außenministeriums. Am 18. Dezember wurde Fishels Klage in noch größerer Runde besprochen. Am Tisch saßen nun Herren aus dem Bonner Finanzministerium, dem Außenministerium und dem Justizministerium. Sie berieten mit dem Vertreter der BAYER AG, was zu tun sei. Das Ergebnis: Grundsätzlich sei die Bundesregierung zu einem Versuch bereit, das Verfahren in den USA für die beklagten deutschen Unternehmen mit einem „amicus curiae-Brief" zu beeinflussen. Dabei handelt es sich nach Auskunft von Dietmar Baetge, Experte für Internationales Recht am Max-Planck-Institut, um „einen Schriftsatz, den ein Dritter, also jemand, der weder als Kläger noch als Beklagter an dem Prozeß beteiligt ist, dem Gericht einreicht, um seinen Standpunkt deutlich zu machen und damit Einfluß auf den Ausgang des Prozesses zu nehmen". Die Bundesregierung schlage sich, so Baetge, mit ihrem amicus curiae-Brief, auf die Seite der beklagten Unternehmen. Sie versuche zu erreichen, daß die Klage von Fishel abgewiesen wird. Denn falls die Klage von Fishel Erfolg habe, sei, so Baetge, damit zu rechnen, daß weitere Zwangsarbeiter Klagen auf Entschädigung gegen deutsche Unternehmen einreichten. Das versuche die Bundesregierung offensichtlich zu verhindern.

„Ich arbeitete für nichts und sie schulden mir den Lohn. Sie ließen Tausende und Abertausende für sich arbeiten. Und wenn jemand für sie arbeiten muß, dann müssen sie ihn auch bezahlen. Ich habe einen Anspruch darauf, denn sie wurden reich an meinem Blut."

Tatsächlich zeigt ein ausdrücklich als vertraulich gekennzeichnetes Schreiben der BAYER AG, das an die übrigen beklagten Konzerne gerichtet ist, auf welcher Seite die Bundesregierung steht. Darin heißt es: „Das Auswärtige Amt versicherte, weiterhin bereit zu sein, die Unternehmen prozessual zu unterstützen." Unterzeichnet wurde das Schreiben von einem Herrn Tiemann aus der BAYER-Rechtsabteilung.

Angesichts derart massiver Einflußnahme verwundert es nicht, daß im Unterausschuß Wiedergutmachung des Bundestages eine gerechte Lösung für die Zwangsarbeiter bislang nicht durchzusetzen war. Wolfgang Lüder, von 1986

bis 1994 für die FDP im Bundestag: „Es war deprimierend, was sich dort abgespielt hat. Wir waren uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig, daß wir einen Appell an die Wirtschaft durch die Bundesregierung brauchen, um Geld für die Opfer zur Verfügung zu stellen, die ja noch heute darunter leiden, was ihnen zugefügt wurde. Die Bundesregierung hat sich, was ich total enttäuschend finde und was ich auch nicht der historischen Verantwortung der Bundesregierung angemessen ansehe, nicht bereiterklärt, dem Wunsch aller Fraktionen zu entsprechen, die Wirtschaft wenigstens bittend anzusprechen, Geld zur Verfügung zu stellen."

Der Fall Princz

Weil er besonders hartnäckig war, erhielt der ehemalige Zwangsarbeiter Hugo Princz (USA) im Rahmen einer übergreifenden Lösung eine geringe Entschädigung. Wie berichtet, hat die Bundesrepublik Deutschland nach jahrelanger Auseinandersetzung den Fall an sich gezogen, nachdem sie zuvor, wie im Fall Fishel, versucht hat, BAYER und die anderen Konzerne aus dem Prozeßgeschehen auszugliedern. Der Bundeskanzler selbst soll sich für BAYER & Co stark gemacht haben. Helmut Kohl habe verlangt, daß die Klage nicht gegen die Konzerne sondern gegen den Staat Deutschland zu führen sei (vgl. SWB 2/95). Dies, obwohl das Washingtoner Appellationsgericht diese Möglichkeit ausdrücklich verworfen hatte. Der heute 74jährige Princz hatte vor amerikanischen Gerichten eine Millionenklage gegen deutsche Firmen angestrengt.

Die Klage gegen BAYER & Co wurde schließlich ganz fallen gelassen, nachdem die Bundesregierung sich bereit erklärte, für Princz sowie 10 andere US-Bürger einen Fonds von 3 Mio. Dollar zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechender Vertrag wurde am 19. September 1995 nach monatelangen Verhandlungen zwischen beiden Ländern unterzeichnet. Der Fonds gilt für Menschen, die zum Zeitpunkt ihrer NS-Verfolgung US-Staatsbürger waren und bisher keine Entschädigung erhalten haben. Die Bereitschaft der deutschen Regierung, Zahlungen für Princz zu leisten, hat offensichtlich den IG FARBEN-Nachfolgern den Prozeß erspart.

Der heute im Bundesstaat New Jersey lebende Princz war 1942 einige Wochen nach Kriegseintritt der USA zusammen mit seiner achtköpfigen amerikanisch-jüdischen Familie, die seit Jahrzehnten in der Slowakei lebte, verhaftet worden. Er leistete u. a. in Auschwitz Zwangsarbeit für die IG FARBEN und überlebte als einziger der Familie. Die Bundesregierung hat Princz zuerst eine einmalige Summe von 4.500 Dollar und eine monatliche Pension von 400 Dollar angeboten. Dies lehnte Princz als ungenügend ab. Nachdem sich US-Präsident Bill Clinton und der Kongreß vehement für Princz eingesetzt hatten, wurde von Bonn nach jahrzehntelanger Verschleppungstaktik eine übergreifende Lösung des Falles angestrebt.

Was die Höhe der Entschädigungsleistungen anbetrifft, verpflichteten die IG FARBEN-Nachfolger BASF, BAYER und HOECHST sowie der MESSERSCHMIDT-Nachfolger DAIMLER-BENZ den Kläger Hugo Princz zu Vertraulichkeit. Er hatte ursprünglich 200 Mio. Dollar verlangt.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN sowie die von ihr mit initiierte Kampagne „Nie wieder!" fordern, daß für Kompensationszahlungen neben der Bundesregierung auch die damals profitierenden Konzerne in die Pflicht genommen werden. Die von der Bundesregierung zugesagten 3 Mio. DM müssen von den Konzernen um mindestens weitere 300 Mio. DM aufgestockt werden!

NIE WIEDER-Kampagne

(Reuters World Service) Deutsche Gruppen, die ehemalige Sklavenarbeiter ... des Chemiegiganten IG FARBEN vertreten, fordern Entschädigungszahlungen und eine endgültige Auflösung der Nachfolgefirma. „Die Mörderfirma IG FARBEN, deren Aktien mit dem Blut Zehntausender getränkt sind, muß sofort aufgelöst und die Opfer entschädigt werden", sagte Axel Koehler-Schnura, Sprecher der Kampagne „Nie Wieder", zu Journalisten in Bonn.

Die IG FARBEN waren der weltweit viertgrößte Konzern bis zum Ende des zweiten Weltkrieges und kauften bei den Nazis KZ-Gefangene zur Arbeit in Zwangsarbeiterlagern, das größte davon war Teil des KZ-Komplexes in Auschwitz.

Koehler-Schnura, dessen Gruppe Überlebende und Angehörige von Opfern des Nazi-Regimes vertritt, sagte, es sei skandalös, daß die IG FARBEN (in Liquidation), die das ZYKLON B für die Todescamps der Nazis produzierte, immer noch existiert. „Es ist ein Skandal, daß Aktionäre immer noch Dividende erhalten, während Überlebende leer ausgehen", sagte Koehler-Schnura.

Peter Gingold, Sprecher der Opfer des Nazi-Regimes, der selbst die meisten seiner Familienangehörigen in Konzentrationslagern verloren hat, sagte, die finanzielle Entschädigung sei nicht das Hauptziel: „Viele Überlebende im früheren Ost-Europa sind krank, alt und arm. Sie wollen nicht nur Geld, sondern vor allem die Anerkennung, daß sie Arbeitssklaven waren", sagte Gingold.

Übersetzung: Hubert Ostendorf

Anmerkung: Aufgrund breiter Proteste wurde der IG Farben das Tagungshotel für die Hauptversammlung am 22. August 97 gekündigt, ein großer Erfolg für die KritikerInnen (vgl. Ticker).

TIAMATdruck GmbH

Luisenstraße 69 • 40215 Düsseldorf
Tel. 02 11/37 94 00 • Fax 02 11/38 40-368

DGB-Chef Schulte im BAYER-Aufsichtsrat

Kniefall vor dem Kapital

Verheerende Entwicklungen erleben wir derzeit in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Teile des Kapitals, wie BAYER und die gesamte Chemische Industrie, setzen bei ihrer Strategie des weiteren Sozialabbaus auf Neutralisierung der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kräfte. Der neue Tarifabschluß der IG CHEMIE ist ein Kniefall vor den Interessen der Arbeitgeber und schwächt die gesamte Gewerkschaftsbewegung.

Von Wolfgang Teuber

Betrachten wir den letzten Tarifabschluß in der Chemie-Industrie genauer, dessen „Chemie-Gift" in den Gewerkschaften zu wirken beginnt. Dieser Kontrakt überstieg alle Befürchtungen kritischer BelegschaftsvertreterInnen, die - wie im Fall bei BAYER in Leverkusen und Wuppertal - in offener Opposition zur Politik der IG CHEMIE agieren.

Der Jubel und die Freude von Arbeitgebern und Bundesregierung über den neuen Abschluß ließen nicht auf sich warten. Für Arbeitgeberpräsident Hundt war das ein „deutlicher Schritt in die richtige Richtung". Arbeitsminister Blüm spricht von einer „kopernikanischen Wende". Denn: Dieser tarifliche Kniefall der IG CHEMIE wird nicht nur die deutsche Tariflandschaft entscheidend verändern, wie DGB-Vorstandsmitglied Geuenich feststellt. Er wird der Anfang für die Zerstörung des Flächentarifvertrages sein. Mit der in § 10 festgeschriebenen Tariföffnungsklausel hat die IG CHEMIE der weiteren Schwächung und Erpressung der Gewerkschaftsbewegung den Weg geebnet.

- Bis zu 10 Prozent Lohnsenkungen können bei (angeblichen) wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verordnet werden.
- Die Beschäftigungssicherung ist eine unverbindliche Zusage der Arbeitgeber, nirgendwo festgeschrieben oder einklagbar.
- Der Druck auf die Betriebsräte und die Erpressungsmöglichkeiten der Unternehmen werden ganz neue Dimensionen erhalten.
- Die Gewinnbeteiligung der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens ist eine Kann-Bestimmung und der Arbeitgeberverband Chemie betont schon jetzt die Freiwilligkeit.

Die IG CHEMIE behauptet, mit dem in der Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung einmalig devoten Abschluß habe sie einen entscheidenen Beitrag zur Beschäftigungssicherung erreicht. Doch das Gegenteil ist der Fall: Lohnsenkung und damit Kaufkraftverlust, das lehren die Erfahrungen der letzten Jahre, haben entscheidend zur Massenarbeitslosigkeit beigetragen. Kein einziger Arbeitsplatz wurde bisher gesichert, obwohl die Beschäftigten in der Chemieindustrie seit Jahren Reallohnsenkungen hinnehmen müssen. Allein der BAYER-Konzern hat innerhalb der letzten fünf Jahren 24.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Rausschmißpolitik wird, wie auf der letzten BAYER-Aktionärsversammlung angekündigt, in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Die IG CHEMIE feiert es als Erfolg, daß Arbeiter und Angestellte nun an den Gewinnen der Unternehmen beteiligt werden können. Werden also jetzt die Rekordgewinne von BAYER in Höhe von 2,7 Millarden DM (1996, nach Steuern) auf die Lohnkonten der KollegInnen verteilt? Partizipieren sie an der gigantischen Gewinnsteigerungen von 13 Prozent? Sozialpartnerschaftliche Träumereien! Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik in Europa die günstigsten Abschreibungsmöglichkeiten bietet. Und wer hindert die Konzerne daran, ihre Gewinne auf ihre Auslandstöchter zu überschreiben? Wer prüft, wer kontrolliert, wer hat Einblick in die Wirtschaftlichkeitsrechnungen der Unternehmen? Werden jetzt den Betriebsräten die Bücher offengelegt?

Die IG CHEMIE wird als Vorreiter in der Tarifpolitik gefeiert. Auf diesen Wegen sind diese Sozialpartnerschaftsstrategen schon seit längerem geritten, etwa bei der Befürwortung der Sonntagsarbeit, bei der Ausdehnung der Arbeitszeiten, bei der untertariflichen Einstellung usw. In Wirklichkeit ist die IG CHEMIE mit dem neuen Abschluß nicht Vorreiter, sondern Wegbereiter beim Abbau gewerkschaftlich erkämpfter Rechte. Wo hat es dies in der über 100jährigen Gewerkschaftsbewegung gegeben, daß eine Einzelgewerkschaft Lohnsenkungen zustimmt? Es gab nicht einmal den Ansatz einer gewerkschaftlichen Mobilisierung, gewerkschaftliche Kampfmittel kamen nicht zum Einsatz, von organisierter Gegenwehr (wenn die IG CHEMIE-Führung noch weiß, was das ist) keine Spur. Die Drohungen der Arbeitgeber, aus dem Flächentarifvertrag auszusteigen, wurden ohne nennenswerten Protest hingenommen. Wenn die IG CHEMIE, wenn die deutsche Gewerkschaftsbewegung dieser Kumpanei mit dem Kapital, dieser schrittweisen Einnahme von Unternehmerstandpunkten, diesem immer weitergehenden Abbau gewerkschaftlich erkämpfter Rechte nicht Einhalt gebietet, wird sie an diesem Gift zu Grunde gehen.

Ganz in die neue Tariflandschaft paßt der Beschluß des BAYER-Aufsichtsrates,

STICHWORT BAYER 3/97
++ TICKER ++
Postvertriebsstück G 10848
CBG, Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

den DGB-Vorsitzenden Schulte aufzunehmen. Ein echter Coup, denn nun haben die Leverkusener Strategen nicht nur direkten Zugriff auf den jeweiligen IG CHEMIE-Vorsitzenden, der schon seit vielen Jahren im „Kontrollgremium" des Konzerns sitzt, sondern auf die Spitze des DGB selbst. Wen wundern vor diesem Hintergrund die neuen Ansichten Schultes zur Tarif- und Rentenpolitik, die sogar den Beifall von CDU, FDP und den Unternehmern erhalten haben? Wen wundert da der Vorschlag von DGB-Chef Schulte, die Tarifpolitik radikal zu ändern, den Flächentarifvertrag „umzugestalten", Renten abzusenken und die Ausbildungszeiten zu verkürzen? Schulte will gewerkschaftliche Prinzipien zugunsten von BAYER & Co aushebeln. Die Flächentarifverträge sollen auf „Beschreibungen von Rahmenbedingungen" reduziert werden. Arbeitgeberpräsidenten Stihl hat nur wenige Tage zuvor - beinahe gleichlautend - gefordert, lediglich Mindestbedingungen, Eckwerte und Korridore für den Flächentarifvertrag festzulegen.

Auf dem 5. ordentlichen DGB-Kongreß im November 1996 wurde im Grundsatzprogramm der Passus zum Flächentarifvertrag kontrovers diskutiert. Auf Protest vieler Delegierter und auch Gewerkschaftsvorsitzender mußte eine unternehmerfreundlich gehaltene Formulierung abgeschwächt werden. Der beschlossene Text lautet jetzt: „Flächentarifverträge sollen die differenzierten Bedürfnisse der Belegschaften berücksichtigen sowie die unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Branchen und Unternehmen gestalten." DGB-Chef Schulte muß sich vorhalten lassen, mit seinen Aussagen eklatant gegen die Beschlüsse des DGB-Kongresses zu verstoßen. Seine selbstherrliche Vorgehensweise wirft ein weiteres Schlaglicht auf das Verständniss von innergewerkschaftlicher Demokratie.

Noch auf dem 1. Mai in Leipzig sprach der IG-METALL-Vorsitzende Zwickel davon, daß es niemandem gelingen werde „einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben", doch nun kommt der Spaltpilz aus den eigenen Reihen. Das Kapital-Blatt FAZ jubelt: „Schulte (...) wirkt geradezu befreiend." Solch einen „Schulte-DGB" brauchen wir sicher nicht. Aber wir brauchen gerade in dieser Zeit einen starken DGB. Die Aufgabe der Linken in den Gewerkschaften und darüber hinaus wird es bleiben, eine Bewegung gegen die Demontage und den Zusammenbruch der eigenen Organisation und der Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu organisieren. Denn durch Gewerkschaftsführungen à la Schulte werden die Gewerkschaften bald der Überflüssigkeit preisgegeben. Dies ist das Ziel des deutschen Kapitals, das es mit Charme und Knüppel verfolgt.

Zweifelhaftes „Bündnis für Standortsicherung"

(ho) Im Mai 1997 wurde ein in geheimen Verhandlungen zwischen der BAYER-Konzernleitung und der IG CHEMIE ausbaldowertes „Bündnis für Standordsicherung" verabschiedet, mit dem die oppositionellen „KollegInnen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" scharf ins Gericht gehen. Obwohl betriebsbedingte Kündigungen grundsätzlich ausgeschlossen werden sollen, gibt es folgenschwere Ausnahmen. Der BAYER-Konzern erhält zum Beispiel ein außerordentliches Rausschmißrecht bei Änderungskündigungen und wenn ein „zumutbares" Arbeitsplatzangebot im Konzern abgelehnt wird. Dies ist etwa dann der Fall, wenn ein Arbeitsplatz in 100 Kilometer Entfernung und bis zu zwei Gehaltsgruppen niedriger nicht akzeptiert wird.

Besonders schwerwiegend, so die „Durchschaubaren", ist auch das Zugeständnis der IG CHEMIE, wonach trotz (oder gerade wegen) Standortsicherung (oder Profitsicherung?!) bis 2002 noch bis zu 4.570 MitarbeiterInnen vor die Tür gesetzt werden können. Wird diese Quote nicht ausgeschöpft, ist BAYER an den vereinbarten Kündigungsverzicht nicht gebunden und verhandelt mit dem Betriebsrat über einen „Interessenausgleich". Hierbei regelt der Betriebsrat, unter welchen Bedingungen (Abfindungen, Sozialauswahl) er Kündigungen doch noch zustimmt. Dadurch wird die eigentliche Zusage des Kündigungsverzichts zur Farce. Dies auch angesichts der Tatsache, daß „notwendige" Ausgliederungen zusätzlich erlaubt werden.

Auch die Investitionszusage von jährlich mindestens 3,8 Milliarden DM bis zum Jahr 2002 ist ein Papiertiger. Diese Investitionen werden vor allem zur Werterhaltung der Anlagen und nicht für neue Arbeitsplätze eingesetzt. Als einzige „neue" Anlage wurde die Therban-Produktion in Leverkusen festgeschrieben. Die restlichen Investitionen können auch in Rationalisierung oder Abrisse erfolgen. Also weiterer Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und steigende Produktivität!

Weitere „bittere Pillen", die die Belegschaft schlucken muß, sind:

* Reduzierung des Bonus' um 126 Millionen DM
* Streichung der Treueprämie und der Aktienangebote
* Wegfall des Jubiläumsurlaubs und der Zusatz-Geldgeschenke
* Weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit
* Die Schließung von Betrieben bzw. Teilbetrieben und Ausgliederungen werden in der Vereinbarung nicht ausgeschlossen
* Streichung von Wechselschichtprämien und Kurzpausen für neue Mitarbeiter.

Mit der Standortsicherungsvereinbarung, so die „Durchschaubaren", habe die IG CHEMIE endgültig eigenständiges gewerkschaftliches Handeln aufgegeben und sei auf dem besten Weg, sich als Interessenvertretung der Beschäftigten überflüssig zu machen. „Dieser Vereinbarung hätte niemand zustimmen dürfen", heißt es.